

3 DER KAMPF GEHT WEITER
International

6 UNPOLITISCHE ODER REVOLUTIONÄRE GEWALT?
BRD

8 DAS RECHT AUF ORGANISATION
Frauen

10 NEUE AUFGABEN
Bremen

13 BIG PLAYER IN DER SICHERHEITSPOLITIK?
Thüringen

14 GROSSE STADT - WENIG SCHWIMMBÄDER
Berlin

16 PROTESTE GEGEN ENTLASSUNGEN
Hamburg

18 ERZIEHUNG ZUM GLÜCKSSPIEL
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist ein wichtiger Artikel den Lenin 1905 unter dem Titel „Neue Aufgaben und neue Kräfte“ verfasste. Er bereitete damit seine Partei auf den Aufschwung der Massenbewegung im damaligen Russland vor. Lenin betont ausdrücklich, dass dieser Aufschwung die Kommunisten vor neue Aufgaben stellt, diese beinhalteten die ungeheure Anzahl an Massen die nun in die politische Bewegung hingezogen wurden zu organisieren und ihre Kämpfe zu entwickeln. Des weiteren betonte er, dass es neuen Kräften bedarf, die eben mit dieser Arbeit eingebunden werden müssen, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden und die alten Aufgaben nicht zu vergessen.

Dieser Artikel über 100 Jahre alt und doch ist er dieses Jahr so aktuell wie damals. Durch die Überproduktionskrise des Imperialismus, die durch die Handhabung der reaktionären Regierungen der Corona-Pandemie noch weiter verschärft wird, durch die arbeiterfeindlichen und volksfeindlichen Maßnahmen, die durchgesetzt werden, werden eine große Menge neuer Massen in die politische Bewegung mit hineingerissen. Diese gilt es zu organisieren und ihre Kämpfe zu entwickeln. Das erfordert von den Revolutionären in der BRD vor allem eine revolutionäre Initiative. Um dieser gerecht zu werden braucht es aber ebenfalls eine Hebung des Niveaus der Revolutionäre in der BRD, das heißt der gesamten revolutionären Bewegung. Aus diesem Grund wird dem einen oder anderen auffallen, dass der Fokus und der Ton dieser Ausgabe anders sind, als es sonst üblich war. Die RoPo und ihre Korrespondenten wollen selbstverständlich einen bescheidenen Beitrag zu dieser Hebung des Niveaus leisten.

Aus diesem Grund müssen wir auch eine Selbstkritik für die letzte Ausgabe der Roten Post

machen, denn hier ist es uns aufgrund einer oberflächlichen Untersuchung nicht gelungen diesen Beitrag in ausreichendem Maße zu leisten. Das hat auch zu Verzögerungen in der Fertigstellung geführt. Wir werden weiter daran arbeiten solche Fehler nicht zuzulassen und den Ansprüchen unserer Klasse und unsere Leser gerecht zu werden.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DER KAMPF GEHT WEITER

Die Völker der Welt, insbesondere die der unterdrückten Nationen, kämpfen überall für ihre Befreiung und gegen dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung. Doch obwohl diese Kämpfe sich überall das Ziel der Befreiung auf die Fahnen geschrieben haben, gibt es zwischen ihnen große Unterschiede. Wo Menschen um Befreiung kämpfen, gibt es auch Organisationen, die diese Kämpfe führen. In den 60ern, 70ern, 80ern und teilweise den 90ern gab es immer wieder aufflammende bewaffnete Kämpfe in unterschiedlichen Ländern unter der Führung von unterschiedlichen revolutionären Organisationen, besonders in den unterdrückten Nationen. Diese bewaffneten Kämpfe sind in unterschiedlichem Ausmaß auch hier in der BRD bekannt geworden und somit auch die Organisationen, die hinter ihnen stehen. Dass sich diese Organisationen und Kämpfe trotz des gleichen Ziels stark unterscheiden liegt in der Natur der Sache. Denn eine Organisation ist auch immer einer bestimmten Ideologie und damit auch einer bestimmten Klasse verpflichtet. Viele Guerillaorganisationen von damals sind heute in Vergessenheit geraten oder zumindest wird nicht mehr so viel über sie gesprochen wie damals, darum wollen wir uns hier einmal die Frage stellen: Wo wird heute noch gekämpft? Und: Was ist mit den Kämpfen von damals passiert?

Maoisten in vorderster Reihe

Heute wird in vier Ländern Volkskrieg geführt: Peru, Indien, Türkei und auf den Philippinen. Auch wenn sie alle als die fortgeschrittensten Kämpfe zusammenzufassen sind, sind sie auch untereinander verschieden weit entwickelt und sehen sich unterschiedlichen Problematiken ausgesetzt. Sie werden geführt von Maoisten, unter denen es zwar auch Unterschiede gibt, aber auf diese wollen wir in diesem Artikel nicht näher eingehen.

In Peru wurde mit bewaffneten Aktionen gegen die landesweiten Wahlen am 17. Mai 1980 der Volkskrieg eingeleitet. Bis Anfang der 90er Jahre erreichte er große Erfolge unter der Führung der Kommunistischen Partei Perus (KPP). Der alte peruanische Staat mit den Imperialisten im Rücken, ging massiv gegen die KPP und das peruanische Volk vor. Besonders in der Andenregion des Landes – wo die KPP vor allem, wie in anderen Teilen des Landes

auch, ihre eigene, neue Macht aufbaute – richtete der Staat immer wieder systematische Massaker an, die man nur als Völkermord bezeichnen kann. Doch die KPP ließ sich von dieser massiven Gewalt nicht einschüchtern. In den Gebieten der Neuen Macht übernehmen die Volksmassen geführt von der Partei selber die Verwaltung und errichten ein neues System in ihrem Interesse. 1992 wurde der Vorsitzende der KPP – Gonzalo – vom alten peruanischen Staat



Proteste gegen Bergbauprojekt in Arequipa

festgenommen. Heute, gut 28 Jahre nach seiner Verhaftung, sitzt der Vorsitzende Gonzalo immer noch in Haft auf der Marine Basis Callao, die einem Konzentrationslager gleich kommt in einem unterirdischen Gefängnis. Seit seiner Verhaftung und der Sprengung des Zentralkomitees der Partei Ende der 90er durch Verräter, die mit dem peruanischen Staat zusammen arbeiteten, befindet sich die Partei in einer Phase der allgemeinen Reorganisierung.

Doch der Volkskrieg hat nie aufgehört, auch wenn er großen Problemen ausgesetzt war. Seit ein paar Jahren mehren sich nun die Zeichen und Berichte über die Fortschritte in der Reorganisierung der Partei. Immer wieder werden bewaffnete Aktionen, wie Hinterhalte und Sabotagen, durchgeführt. Dazu kommen verschiedene Flugblattaktionen, Aktionen in denen Flaggen aufgehängt wurden und Aktionen bei denen Parolen der KPP an Wände gemalt wurden. Die Kämpfe der Massen auf dem Land und in der Stadt haben seit den 90ern nie aufgehört. Und mit dem Abschluss der Reorganisierung und der Umsetzung der richtigen Linie des Vorsitzenden

Gonzalo, wird die Partei den Volkskrieg auf weitere und größere Höhen tragen.

Auch in Indien, dem Land mit den zweit meisten Einwohnern der Welt, hat der Volkskrieg längst ein großes Ausmaß angenommen. In verschiedenen Bundesstaaten des Subkontinents kämpft die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) mit ihrer Volksbefreiungsguerillaarmee gegen den alten Staat, seine Streitkräfte und ihre imperialistischen Herren. Die KPI (Maoistisch) steht an der Seite des Volkes, das beweist auch ein kürzliches Beispiel. So gelang es den Genossen Anfang Juli einer „antimaoistischen“ Operation zu entgehen und Polizeibeamte in einem Hinterhalt anzugreifen, weil sie von den Massen aus der Umgebung gewarnt wurden. Die Genossen haben sich ihr Vertrauen in den Gebieten, in denen sie die Neue Macht aufbauen, erkämpft und stützen sich auf die Massen als Macher der Geschichte, was ein

wesentliches Prinzip des Maoismus ist. Der indische Staat begann 2009 die sogenannte „Operation Green Hunt“ („Grüne Jagd“) gegen den Volkskrieg. Die Operation ist nichts anderes als Völkermord an einem Teil der Ärmsten des Landes und den Kämpfern der KPI (Maoistisch). Dass die Herrschenden eine solch große Energie auf den Volkskrieg in Indien lenken, bestätigt sowohl das Ausmaß dieses Kampfes als auch die Angst, die die Reaktion vor ihm hat. So kann man fast jeden Tag in den indischen Zeitungen von Aktionen der Maoisten (oft auch als Naxaliten bezeichnet) lesen.

Viele heldenhafte Kämpfer gaben und geben noch immer ihr Leben im Kampf für die Befreiung. So fiel auch Hasan Ataç am 2. Juni dieses Jahrs im Volkskrieg in der Türkei bei einem Feuergefecht mit Streitkräften des alten türkischen Staates. Dieser Volkskrieg wurde 1972 von der Kommunistischen

Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) eingeleitet und seitdem geführt. Gegen Mitglieder der TKP/ML führt der deutsche Staat in München seit einigen Jahren, einen der größten antikommunistischen Prozesse der Nachkriegsgeschichte, womit auch er versucht den Volkskrieg anzugreifen.

Auch aus dem Volkskrieg auf den Philippinen – der 1969 von der Kommunistischen Partei der Philippinen eingeleitet wurde – lassen sich immer wieder Aktionen vernehmen. Vieles würden wir an dieser Stelle gerne ausführen, doch würde es den Rahmen des Artikels sprengen und wir werden bestimmt zu einem späteren Zeitpunkt zu ihnen zurückkehren.

Doch die vier Volkskriege auf der Welt sind nicht die einzigen Orte, an denen Maoisten seit Jahren erbittert kämpfen. In Brasilien veröffentlichten Maoisten kürzlich ein bedeutendes Video, in dem das Aufhängen von 1000 roten Fahnen mit Hammer und Sichel über das ganze Land verteilt gezeigt wurde. Sie verkünden in dem Video was ihre Parolen sind: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Es lebe der unbesiegbare Volkskrieg! Auch gibt es in dem Land eine Fülle an unterschiedlichen Organisationen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens – Rote Fraktion kämpfen, auf dem Lande und in der Stadt.



oben: brennendes Panzerfahrzeug; unten: Ausrufung der bergbaufreien Zone in Ecuador

In Ecuador gibt es die Kommunistische Partei Ecuadors – Rote Sonne, die unterschiedliche Massenorganisationen in den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion führt. So konnten die „Comités de Campesinos Pobres Ecuador“ („Komitees der armen Bauern Ecuador“) das erste vom Bergbau befreite Gebiet erkämpfen. Sie mobilisierten die armen Bauern zum Kampf gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch ausländische Konzerne. Die Rebellion der Massen in Verbindung mit Aktionen der Maoisten führte zu einer Berichterstattung, die geprägt war von brennenden Panzerfahrzeugen und LKW, verletzte Polizisten und zerstörte Maschinen eines chinesischen Bergbauunternehmens, das sich in dem Gebiet ansiedeln wollte.

Auch in anderen Ländern Lateinamerikas und Asiens gibt es maoistische Parteien und Organisationen, die bewaffnete Aktionen durchführen oder fest entschlossen sind den Kampf weiter zu entwickeln, genannt seien nur kurz Mexiko, Chile, Kolumbien und Bangladesch. Vielen hierzulande sind all diese Kämpfe vielleicht nicht bekannt oder sie haben sie schon wieder vergessen, aber sie zeigen doch unwiderruflich: Maoismus steht für Kampf!

Was ist mit den anderen?

Während es eindrücklich ist, dass die Maoisten es sind, die überall auf der Welt noch kämpfen, stellt sich die Frage, was mit den anderen Strömungen ist, die sich ebenfalls die Befreiung auf die Fahnen geschrieben haben. Was ist z.B. mit den großen Guerillaorganisationen der 60er bis 80er Jahre passiert? Auch hier gibt es unterschiedliche Strömungen und unterschiedliche Wandlungen, die sich im Laufe der Zeit vollzogen haben. Doch die meisten haben eines gemeinsam, sie haben sich von Organisationen des Krieges und dem Kampf für Befreiung zu Organisationen des Friedens und der Zusammenarbeit mit reaktionären Regierungen entwickelt. Viele haben schon einen Platz im Parlament bekommen, einige kämpfen noch um ihre Anerkennung in dieser Frage.

Es gibt jene, die sich früher als Marxisten-Leninisten bezeichneten, um ihre eigenen Vorteile daraus zu ziehen sich diesen Namen zu geben. Während die Arbeiterpartei Kurdistans sich noch bis 1990 dazu bekannte und bis in die 90er hinein hart gegen

den türkischen Staat kämpfte und auch in der BRD Aktionen entwickelte. Mit der Zeit traten die revolutionären Gebärden der PKK immer mehr in den Hintergrund und seit der Gründung der Demokratischen Volkspartei (HDP) wird großes Gewicht darauf gelegt, sich in der Türkei an den Wahlen zu beteiligen. Der starke Hang zum reinen Nationalismus führte auch dazu, dass sich eine Kooperation mit dem Hauptfeind der Völker der Welt – dem Yankee-Imperialismus – nicht mehr ausschließen ließ. So landete die Fahne des Kampfes um die Befreiung im Dreck.

Doch selbst diejenigen die Marx und Lenin weiter in ihrem Namen tragen, tun das häufig nur in ihren Worten und nicht in ihren Taten. Eine Strömung, die dabei in vielen Ländern keine besonders positive Rolle spielt, sind Hoxhaisten (benannt nach dem ehemaligen Führer der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hoxha). Ableger dieser Strömung gibt es in vielen Ländern. Aus der Türkei verkündeten sie vor Jahren „Frieden ist der einzige Weg“ (oder auf Türkisch: „Tek yol barış“) und beteiligten sich an der HDP. In Tunesien, einem Land, in dem seit gut zehn Jahren jedes Jahr immer wieder Massenrebellionen ausbrechen, beteiligte sich die hoxhaistische Partei an den bürgerlichen Wahlen und verschwand danach in der Bedeutungslosigkeit. In Ecuador gründeten die Hoxhaisten ebenfalls eine Wahlfront und beteiligten sich damit jedes Mal an den Wahlen und gewannen sogar Plätze im Parlament. Für das Volk gewannen sie dabei nichts und so wurden sie zu einer festen Säule des reaktionären Staates.

Vor allem in Lateinamerika, aber auch in anderen Ländern der Welt, gab oder gibt es auch viele Organisationen die sich vor allem am sogenannten Guevarismus (benannt nach dem bekannten Revolutionär Che Guevara) orientieren. Die meisten davon haben inzwischen kapituliert oder sind auf dem Wege das zu tun. Besonders in Lateinamerika mangelt es nicht an Lehren aus negativem Beispiel. Es gibt auch noch andere Strömungen in den Befreiungskämpfen der Völker der Welt, aber die verbreitetsten sind hier angesprochen worden.

Was wir also sehen ist, dass es keine Übertreibung ist zu sagen, Maoismus steht für Kampf und heute ist das unter den verschiedenen Strömungen auf der Welt schon fast ein Alleinstellungsmerkmal. •

UNPOLITISCHER MOB ODER REVOLUTIONÄRE GEWALT?

In der Innenstadt von Stuttgart rebellierten in der Nacht vom 20. Juni vor allem Jugendliche gegen die Polizei. Es kam zur Zerstörung von Bullenwagen und Geschäften im Herzen der Stadt. Die Bullen und einige Lokalpolitiker sprachen von Szenen, die es so in Stuttgart noch nie gegeben haben soll. Schnell wurde der Ruf nach harter Strafverfolgung laut, Vergleiche zum G20-Gipfel 2017 in Hamburg wurden gezogen und so die Urteile für alle, die verhaftet wurden oder noch werden bereits voraus festgesetzt.

Für die Polizei und die Lokalpolitiker war die Ursache schnell ausgemacht, eine hemmungslos gewordene und unpolitische „Partyszene“ (was auch immer genau das sein soll), die sich auf Alkohol und Drogen selber in Szene setzen wollte. Anders sind da die Aussagen von Jugendlichen, die dabei waren. In einem Interview berichten sie von einer Personenkontrolle eines schwarzen jungen Mannes durch die Bullen. Als sich eine Gruppe Jugendlicher solidarisierte, sind die Polizisten aggressiv geworden und attackierten die Jugendlichen. Anschließend entfesselte sich die Wut der Jugendlichen in der Stuttgarter Innenstadt, immer mehr solidarisierten sich und die Welle des Zorns der Massen ließ sich nicht mehr aufhalten. Stundenlange Kämpfe gegen die Bullen, viele Geschäfte wurden zerstört und geplündert. 19 Polizisten sollen am Ende der Nacht

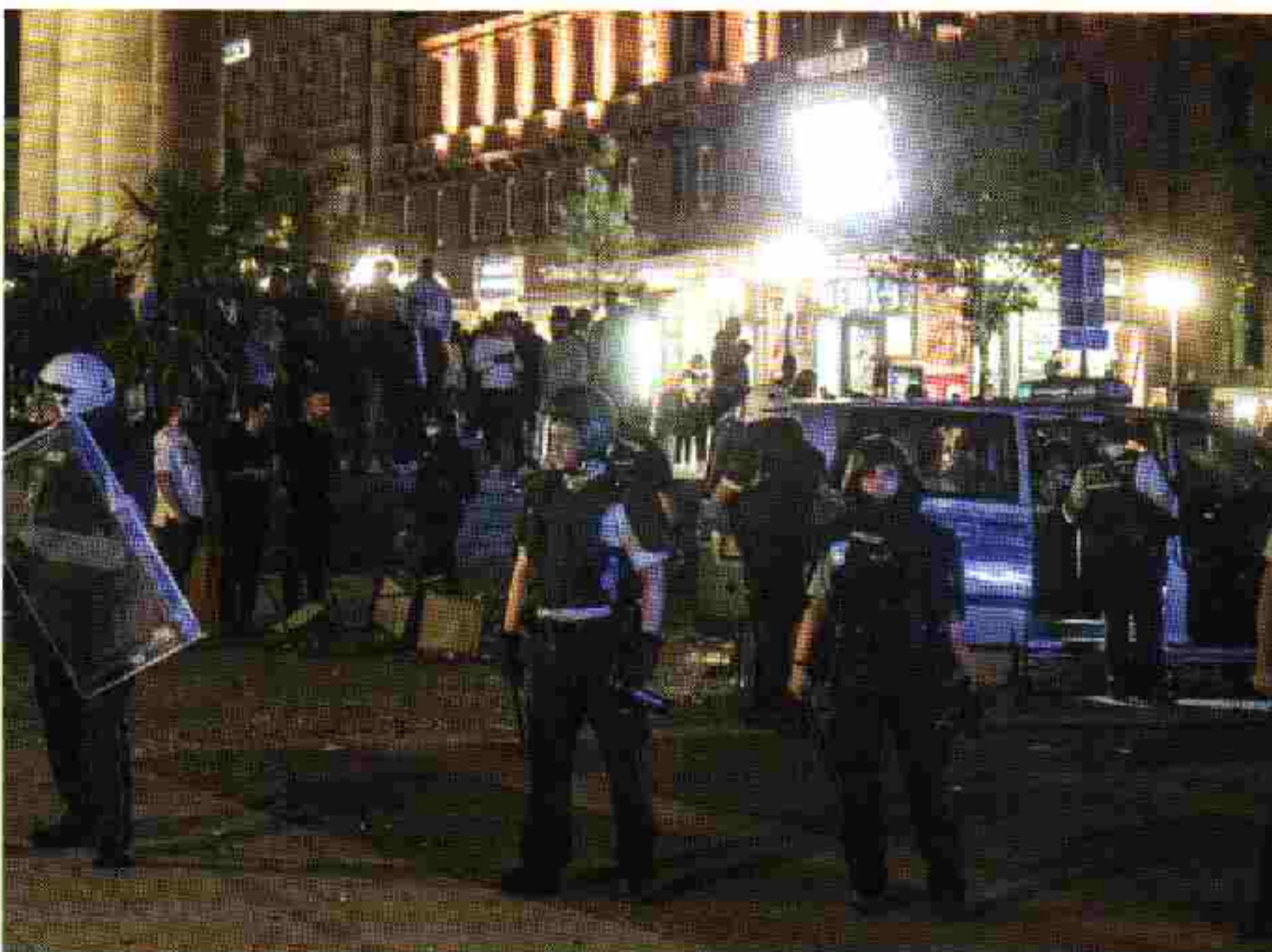
verletzt worden sein und 24 Menschen wurden vorläufig festgenommen.

Ziemlich genau einen Monat später kam es dann zu einer ähnlichen Situation in Frankfurt am Main, wo sich in der Nacht auf den 19. Juli einige tausend Menschen auf dem zentral gelegenen Opernplatz versammelten um zu feiern. Später als die Polizei dann in die Menge ging – angeblich um eine Schlägerei aufzulösen – begann ein ähnliches Szenario wie zuvor in Stuttgart. 500 bis 800 Menschen lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei, warfen Flaschen und andere Gegenstände auf sie und ihre Autos, es wurden Bushaltestellen zerstört, etliche Mülltonnen wurden durch die Luft geschleudert. Jeder Angriff auf die Polizei wurde von den Massen bejubelt und gefeiert. Hier wurden 39 Menschen festgenommen, überwiegend Jugendliche. Eine Handvoll Bullen wurde verletzt.

Auch hier begann eine Hetzkampagne gegen die Massen, die sich an jenem Abend an dieser spontanen Rebellion beteiligten. Auch hier wird wieder von einer „unpolitischen Masse“ gesprochen. Hier seien es vor allem „asoziale Jugendliche“ gewesen, die Angst und Schrecken verbreiten wollten oder angeblich besoffene und außer Kontrolle geratene Ausländer. Gleichzeitig wird versucht die Massen

gegeneinander auszuspielen und sie zu spalten. Wie immer versuchen sie „Deutsche“ gegen „Ausländer“ auszuspielen, zum anderen benutzen sie Einzelfälle von ausländischen kleinen Geschäftsinhabern – wie es in Stuttgart der Fall war –, um das Schreckensbild eines grausamen, tobenden Mobs zu malen.

Doch nur wer nicht hören und sehen will, kann in diesen beiden Ausbrüchen spontaner Rebellion und den Angriffen gegen die Polizei die Aktion eines angeblich unpolitischen Mobs sehen. Diese beiden Ausbrüche spontaner Gewalt der Massen sind nicht das Ergebnis des Wunsches



nach Selbstdarstellung, aufgrund von zu viel Alkohol- oder Drogenkonsum. Sie sind Ausdrücke der Ablehnung des Ausnahmezustandes, den der deutsche Staat verhängt hat, sie sind auch Ausdruck eines Bewusstseins dafür, dass die unten für die Krise von denen da oben wieder einmal den Preis bezahlen sollen. Sie haben keinen Bock mehr auf Kurzarbeit, Entlassungen, Maskenpflicht, verlorene Ausbildungsplätze, geschlossene Freizeitaktivitäten und all das Elend, das sich gerade vertieft. Sie haben die Illusion verloren, dass der bürgerliche Staat in ihrem Interesse handelt und darum kämpfen sie gegen seine Repräsentanten.

Immer wieder sind Teile der revolutionären Bewegung in der BRD – oder jene, die sich ihr zugehörig fühlen – ratlos gegenüber den spontanen Gewaltausbrüchen der Massen. Doch dabei gibt es eine einfache Sache, die sich jeder in den Kopf hämmern muss: Es gibt zwei Arten von Gewalt: die revolutionäre und die konterrevolutionäre Gewalt. Letztere dient dazu, um die Massen in Unterdrückung und Ausbeutung zu halten. Die revolutionäre Gewalt dient den Massen, sie richtet sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung und jene, die diesen Zustand aufrecht erhalten wollen. Darum waren die Rebellionen in Stuttgart und Frankfurt Teil revolutionärer Gewalt, sie waren die Antwort der Massen auf den Ausnahmezustand und die Abwälzung der ökonomischen Krise auf die Arbeiterklasse und das Volk.

Für die Revolutionäre stellt sich nun die Frage wie man sich dazu verhalten sollte. Auf diese Frage antwortete Karl Marx schon im Jahre 1850:

„Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhaßten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen.“

Das bedeutet, wer als Revolutionär gelten will, darf die spontane Rebellion der Massen nicht bloß „abfeiern“ und ihnen damit hinterherlaufen, sondern der muss sich an ihre Spitze stellen und mit ihnen kämpfen. Und wer der Meinung ist, dass bei diesen „Exzessen“ nicht auch mal eine falsche Fensterscheibe kaputt gehen darf, der sollte sich wohl nicht weiter



als Revolutionär bezeichnen, sondern offen seine Liebe für den deutschen Staat aussprechen.

Doch was die Revolutionäre auch verstehen müssen, ist dass der bürgerliche Staat sich immer an den Massen rächen will, wenn sie einmal zur offenen Aktion gegriffen haben. Und jetzt hat sich der deutsche Staat mit seinem Ausnahmezustand in eine Sackgasse manövriert, der angeblich der Bekämpfung der Pandemie dienen soll. All die Aktivitäten, die sonst zum Ausgleich des Alltags und den Stressabbau genutzt werden – wie z.B. der Sommerurlaub, Feiern in Clubs, Festivals und vieles mehr – fallen seit Monaten weg. Das heißt, all diese Mittel, um den Zorn der Massen zu beschwichtigen und etwas Ablenkung zu verschaffen fallen weg. Darum bleibt dem deutschen Staat nur ein Ausweg und der lautet: Mehr Repression. Mehr Repression gegen diejenigen, die rebelliert haben und mehr Repression gegen jene, die noch rebellieren könnten. So wird in Frankfurt unter anderem der Opernplatz an Wochenende nachts gesperrt oder notfalls auch geräumt. Das wird sicherlich noch weitere Auseinandersetzungen mit der Polizei mit sich bringen.

Das bedeutet auch, dass die Rebellion der Massen zwar gerechtfertigt war und ist, aber lange noch nicht, dass es das Ende vom Lied bedeutet. So brauchen die Massen auch Organisation, um dem Schlag der Reaktion zu widerstehen. Diese Organisation zu ermöglichen, das ist die Aufgabe der Revolutionäre, jetzt noch mehr als noch vor wenigen Wochen. Denn Stuttgart und Frankfurt haben auch deutlich gezeigt, wie sprunghaft sich die Situation entwickeln kann in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Ausnahmezustands. •

VERTEIDIGT EUER RECHT AUF ORGANISATION!

Bis vor kurzem waren die Zeitungen noch voll damit, wie es um die Situation der Frau in diesem Land bestellt ist. Gerade mit der sogenannten „Corona-Krise“ wurde die schlechte Situation der Frauen in der BRD in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Wohin mit den Kindern? Wie die Überstunden im Job überstehen? Wie der Gewalt des Ehemanns entkommen? Plötzlich interessierte sich das ganze Land für die Frauen und es sollte sich endlich etwas an ihrer Situation ändern. Große Worte, aber die Taten lassen auf sich warten. Währenddessen verschlechtert sich die Situation der Frauen, vor allem der Arbeiterklasse, weiter. Ihre Unterdrückung wird immer offensichtlicher. Für viele Frauen ist klar, dass sich etwas ändern muss, aber wie genau, ist manchmal schwer zu beantworten. Manchmal scheint es so, als hätten die Frauen schon aufgegeben und würden nicht mehr an eine Veränderung glauben. Vielleicht auch, weil niemand da ist, der sagt: *„Okay, das sind eure Probleme und wir entwickeln darum jetzt einen Kampf“*.

In der letzten Zeit wurden auf unterschiedlichen Seiten im Internet Interviews veröffentlicht, wo Arbeiter und Arbeiterinnen ihre aktuelle Situation schildern. Das ist im Allgemeinen eine gute Sache, um die Probleme der Massen besser zu erfassen und zusammen zu fassen. Bei Befragungen von Frauen wurde vor allem die schlechte Betreuungssituation immer wieder aufgeworfen, teils berichteten Frauen, dass sie sogar ihren Job gekündigt haben, um auf ihre Kinder aufzupassen. Andere Frauen würden gerne (wieder) arbeiten gehen, aber aufgrund der Krise finden sie keinen Job. Andere nehmen ihr Kind mit zur Arbeit, was offensichtlich nicht die Lösung sein kann. Jetzt ändert sich die Betreuungssituation zwar langsam und es können wieder mehr Kinder zur Kita und in die Schule. Aber optimal ist die Situation immer noch nicht – auch weil jetzt vielerorts erst mal Ferien sind. Außerdem schwebt die Gefahr einer „zweiten Infektionswelle“ immer noch in der Luft und teils schließen einige Einrichtungen auch schon wieder. Die Situation kann sich also von heute auf morgen ändern. Viele Frauen werden dann wieder gezwungen sein, die Kinderbetreuung ganz allein zu meistern, was für viele eine sehr belastende Situation ist. Und aus Frustration entsteht meistens Zorn. Warum gibt es also noch keine weit verbreiteten Proteste von Müttern, die entschlossen ihr Recht einfordern, ihre Kinder betreuen zu lassen,

damit sie arbeiten gehen können? Wahrscheinlich, weil es daran fehlt, dass die Frauen sich organisieren, ihre Forderungen klar und deutlich kundtun und beginnen darum zu kämpfen.

Wir Frauen, besonders die der Arbeiterklasse, sind in diesem System des Imperialismus doppelt unterdrückt. Und es gibt viele Lügen, die über uns verbreitet werden. Zum Beispiel, dass wir schwach sind. Dass wir besser geeignet seien als die Männer, uns um die Kinder zu kümmern. Das wird uns von Anfang an beigebracht. Aber vor allem wird uns eingetrichtert, dass wir keine Ahnung von Politik haben, dass das dem angeblich rationalen Denken der Männer vorbehalten wäre. Eine Lüge, die jeder erkennt, wenn er sich mal mit den Frauen in den Vierteln unterhalten hat. Bei den Gesprächen unter den Frauen geht es um ihre Situation und sie verstehen sehr wohl, warum ihre Situation so schlecht ist. Ja, die Vorarbeiterin ist Deutsche und verdient mehr als die einfache Putzfrau. Warum? Warum werden die türkischen Kinder alle in eine Kindergartengruppe gesteckt und lernen kein vernünftiges deutsch, während es noch drei weitere Gruppen nur aus deutschen Kindern gibt? Und vieles mehr.

Aber das bekommt man nicht mit, wenn man sich in seinen Studienzimmern trifft und ÜBER die Frauen, statt MIT ihnen spricht. Damit wird nichts verändert und es geht vollkommen an der Realität vorbei. Und die Realität beweist jeden Tag, dass die Frauen bereit sind zu kämpfen. Es muss dagegen gekämpft werden, dass die Frauen, die von Anfang an die bürgerliche Pseudotheorie der angeblichen „minderwertigen weiblichen Natur“ einge-redet bekommen, sich als das „schwache Geschlecht“ betrachten, damit sie dies stattdessen als Lüge erkennen, die genutzt wird, um sie weiter in Unterdrückung zu halten. Und es muss auch jemanden geben, der zusammen mit ihnen den Käfig des angeblichen Apolitismus niederbrennt. Denn ja, natürlich gibt es diese rückschrittlichen Ideen bei den Frauen, die sie vom Kämpfen zurückhalten. Aber diese Ideen zerschlägt man nicht mit der Holzhammermethode, indem man ihnen immer wieder vorhält, was das für Quatsch ist. Nein. Man zerschlägt diese Ideen, indem man mit gutem Beispiel vorangeht. Indem man zeigt, dass Politik kein Männerfeld ist,

dass man sich genauso gut auskennen kann. Und besonders indem man zeigt, dass sich Kind und Politik machen nicht ausschließen und wir, wenn wir es gemeinsam organisieren, allen die Möglichkeit geben können am Kampf teilzunehmen. Wie sollten wir sonst ernst genommen werden, wenn wir nicht das tun, was wir sagen.

Die Gesellschaft, in der wir leben, predigt Individualismus und Egoismus. Weil bei diesem Verständnis die Probleme eher durch den einzelnen Superhelden gegen den übermächtigen Feind gelöst werden als gemeinsam, ist es nicht verwunderlich, dass viele Frauen ratlos sind, wie ihre Probleme zu lösen sind und sie so den Mut verlieren. Dabei gibt es in der ganzen Geschichte der Arbeiterklasse Beispiele, wo sich gemeinsame Organisation zur Durchsetzung der Forderungen als einzige und gleichzeitig erfolgreiche Waffe erwiesen hat. Doch dabei werden uns immer wieder Steine in den Weg gelegt, wie das Beispiel junger Aktivistinnen zeigt, die aufgrund eines konkreten Problems mit einem Flugblatt, in dem sie die Frauen dazu aufriefen gemeinsam zu kämpfen, zu den Massen gingen. Das Flugblatt fand sehr großen Zuspruch bei den Frauen und wurde von ihnen zugleich in „sozialen Medien“ geteilt. Es dauerte keine fünf Minuten und unter dem Post versammelte sich eine ganze Mannschaft von patriarchalen Arschlöchern, die in Stammtischmanier allerlei Sprüche wie „Die müssen nur mal richtig gefickt werden, dann wissen sie, wo ihr Platz ist“ von sich gaben. Leider nicht ohne Erfolg. Teile der Frauen waren davon demoralisiert. Aber sollten wir uns wirklich von irgendwelchen Pantoffelhelden verbieten lassen, uns zu organisieren, um unsere Probleme anzupacken? Um gemeinsam für eine Verbesserung unserer Situation zu kämpfen? Nein, das sollten und wollen wir auch gar nicht. Und eine, in ihrem Ermessen mangelnde, sexuelle Befriedigung



Gemeinsam stark: Volksfrauenbewegung (MFP) in Brasilien

hat damit erst recht nichts zu tun, auch wenn seit Jahrhunderten versucht wird, diese Behauptung gegen rebellische Frauen zu verwenden.

Haben Frauen etwa kein Recht auf Organisation? Obwohl sie die Hälfte unserer Klasse ausmachen? Wir sind der Überzeugung sie haben dieses Recht. Sie haben es unbedingt und sollten es unbedingt tun. Überall, wo es gesellschaftliche Umwälzungen gab, standen Frauen mit in den ersten Reihen. Auch heute kämpfen die Frauen an vorderster Front mit, ob in Chile bei den Studentenprotesten, in Brasilien bei den armen Bauern oder in den Volkskriegen auf der Welt. Diese und viele weitere Beispiele beweisen, dass wir uns die Grenzen selbst stecken, wenn wir sagen, dass das nicht geht. •

NEUE AUFGABEN - DREI MASSENKÄMPFE IN BREMEN

Wir befinden uns inmitten der größten ökonomischen Krise des Imperialismus seit Ende des 2. Weltkriegs, wie nicht allzu wenige bürgerliche Politiker und Ökonomen betonen. Überall schießen neue Kämpfe der Massen aus dem Boden, für die Revolutionäre in der BRD gibt einen Berg neuer Aufgaben. Die Situation ist – das ist keine Übertreibung – so explosiv, dass manchem die Orientierung verloren geht. Daher wollen wir an dieser Stelle drei lokale Beispiele geben, welche unterschiedlichen Formen die Kämpfe der Massen haben können und wie die Revolutionäre in ihnen wirken und ihren Blick für sie schärfen können. Schaffen es die Revolutionäre nicht, die mannigfaltigen gerechtfertigten Forderungen der Massen aufzugreifen und mit dem gesamten Kampf des Proletariats und des Volkes zu verbinden, werden sie den Massen hinterher laufen.

Kioske gegen den neuen Ausnahmezustand

Beginnen wir mit der Situation im Steintorviertel. Mitte Juni verhängte Innensenator Ulrich Mäurer für Bremens „Ausgehzonen“ eine Sperrstunde, mit einem einhergehenden Verkaufs- und Ausschankverbot von Alkohol für Kioske und Supermärkte in diesen Gebieten am Wochenende. Und ganz plötzlich wurde in der bürgerlichen Lokalpresse auch mal über die Situation im Viertel berichtet, allerdings nur in Form von Diffamierung der Feiernden als „Corona-Idioten“ usw. und als Stimmungsmache für die Sperrstunde. Mäurers Plan ist nun also nicht, die Lage im Viertel eskalieren zu lassen, sondern eine

„Politik der Nadelstiche“. Der Ausnahmezustand wird offiziell etwas gelockert, dafür wird die Sperrstunde eingeführt, die Bullenpräsenz im Viertel abermals erhöht, gleichzeitig dürfen Polizei und Ordnungsamt in den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Maskenpflicht kontrollieren. Eine faktische Normalisierung des Ausnahmezustands, der durch dezentralisiertere Maßnahmen gewährleistet wird.

Nun zu der Situation der Kioske. Besonders zwischen dem Ziegenmarkt und der Sielwallkreuzung ist der Verkauf der Läden (und das sind nicht wenige) aufgrund der hohen Frequentierung durch Feiernde am Wochenende auf alkoholische Getränke ausgerichtet. Und die bekommen die Sperrstunde jetzt richtig zu spüren, gerade als es wieder etwas bergauf ging. Und die meisten im genannten Bereich sind sich sicher: Wenn das jetzt länger so durchgezogen wird, dann gehen sie pleite. Ist das nicht genau das, was in dieser Krise die ganze Zeit geschieht? Die Kleinen zerstören, die Großen stärken.

Was bedeutet das für die Entwicklung des Kampfes im Steintorviertel? Wir haben viele kleine Gewerbetreibende, die Angst um ihre Läden haben, sich von der Politik verarscht fühlen und das auch offen so sagen. Gegen die Vertreibung der ansässigen Läden, gegen die Schikane auf den Straßen, gegen die Spaltung (Kneipen und Lokale gegen Kioske, alte konservativere gegen neue Kneipen, alle gegen die „Biertrinker auf der Kreuzung“). Revolutionäre schrieben in diesem Sinne in einem Flugblatt, das von vielen betroffenen Kiosken aufgehangen und ausgelegt wurde:

„...Doch Fakt ist, dass die Sperrstunde nur der erste Schritt war. Was noch folgt, wissen wir noch nicht. Bisher sind die Kneipenwirte z.B. noch nicht so sehr betroffen von den aktuellen Maßnahmen. In Kneipen darf immerhin weiter Alkohol ausgeschenkt werden. Doch es ist gut möglich, dass sich die nächsten Schritte gegen die Kneipen richten. Wenn man sich in der jetzigen Situation spalten lässt, tut man der Bremer Regierung und den großen Unternehmen nur einen Gefallen. Doch wenn man zusammensteht, ist man tatsächlich in der Lage, sich gegen ihre Maßnahmen zu wehren...“



Bullenbesetzung im Steintorviertel



So wird die Spaltung zwischen den unterschiedlichen Gewerbetreibenden zurückgewiesen, die die Stadt ausnutzen will und gleichzeitig der Kampf der Kioskbetreiber mit dem Kampf gegen den Ausnahmezustand verbunden.

Polizeimord in Gröpelingen

Inmitten der angeheizten Lage erreichte uns eine traurige und erzürnende Nachricht aus Gröpelingen. Bei einer Zwangsräumung seines Kellers am 18. Juni wurde der 54-jährige Marokkaner Mohamed I. von Bullen erschossen. Mohamed hatte psychische Probleme, so starke, dass er oft nicht einmal mehr seine eigene Tochter erkennen konnte. Er brauchte Hilfe und hat sie nicht bekommen. Bei der Räumung rückten vier junge Polizisten, zwei davon in zivil, an. Auf einem Video, dessen Weiterveröffentlichung die Polizei zu unterlassen gebeten hat, zeigt sich das gesamte Vorgehen: Mohamed steht, durch die angerückten Bullen, die Schusswaffen auf ihn richten, offensichtlich eingeschüchtert mit einem Messer in der Hand im Innenhof. Er wird durch die nervösen Beamten in eine Ecke getrieben, aus der es keinen Ausweg für ihn gibt. Ihm wird Pfefferspray ins Auge gesprüht, er verliert die Orientierung, läuft vor dem Reizgas fliehend in Richtung Polizei und bekommt zwei Schüsse in den Bauch. Im Krankenhaus stirbt er an den Verletzungen. Seine Nachbarn beschreiben Mohamed als zurückgezogen, aber als immer nett und zuvorkommend, nie war er ihnen gegenüber aggressiv.

Eigentlich lässt das Video nicht viele Fragen offen. Die Klatschblätter diffamieren Mohamed trotzdem, ähnlich wie schon den genau ein Jahr zuvor in Essen ermordeten Adel B., als „nordafrikanischen

Messermann“. Doch diese Lügenkampagne wurde durch ein Bündnis unterschiedlicher Kräfte zurückgeschlagen. Es wurden schnell kleinere Kundgebungen organisiert, gefolgt von einer größeren Demonstration in der Innenstadt, an der sich ca. 350 Leute beteiligten – organisiert von der Initiative „Justice for Mohamed“, mit der Tochter

und der Schwägerin von Mohamed. Dabei wurde das viele, was im speziellen Fall aber auch im allgemeinen falsch läuft, denunziert. Warum schicken die Bullen ausgerechnet zu einem psychisch Kranken ihre jungen, unerfahrenen Leute, warum bis an die Zähne bewaffnet? Warum kommt stattdessen nicht ein Psychologe? Die Kapazitäten sind da. Warum wollen sie die Weiterveröffentlichung des Videos verhindern und gehen jetzt gegen die Person vor, die das Video im Internet veröffentlicht hat? Und wäre das genauso bei einem Deutschen im Bonzenviertel Schwachhausen passiert? Diese Gewalt richtet sich gegen unsere Klasse, insbesondere gegen die tiefsten und breitesten, d.h. oft migrantischen, Massen. Hier müssen die Revolutionäre unmittelbar den Kampf entwickeln. Was bisher gefehlt hat, ist, den Kampf dort auszutragen, wo er hingehört: In Gröpelingen. Die Massen, die ein bisschen mehr von der Geschichte mitbekommen haben, verstehen: Er war einer von uns. Die Parole „Gerechtigkeit für Mohamed!“ muss darum hochgehalten werden, um die mörderische Gewalt der Bullen in den Arbeitervierteln zu denunzieren und um gegen die weitere Militarisierung der Arbeiterviertel zu kämpfen.

Kein Schutz für Spielplätze

Die Frage der Spielplätze haben wir in der letzten Ausgabe bereits angerissen. Ein Schwein legt seit Wochen auf zahlreichen Bremer Spielplätzen Messer aus, die so angebracht sind, dass sie Kinder tödlich verletzen können. Die Polizei kann immer noch keine konkreten Ermittlungsergebnisse aufweisen. Die „SoKoSpielplatz“, die eigentlich für den Fall gegründet wurde, sucht stattdessen lieber nach jemandem, der Drohschreiben an bürgerliche Parteien in Bremen

verschickt. Dabei waren Polizei und Ordnungsamt noch zu Beginn des Ausnahmezustands im März und April in der Lage die gesperrten Spielplätze zu überwachen und zahlreiche Strafen gegen Verstöße auszusprechen. Aber jetzt, wo ein Irrer Kinderleben gefährdet, geht das nicht mehr. Sie können die feiernden Leute am Sielwall schikanieren, die können uns in den Arbeitervierteln schikanieren, die können uns erschießen, sie können Spielplätze im Zuge der Aufstandserprobung überwachen und Jugendliche verscheuchen. Aber wenn es darum geht, nachts Spielplätze für die Sicherheit unserer Kinder zu beobachten – Fehlanzeige! Das müssen die Revolutionäre denunzieren. Anderswo herrschen vermehrt noch Illusionen über die „Gutmütigkeit“ der Bullen, aber in den Arbeitervierteln haben die meisten Eltern auf den Spielplätzen die Schnauze voll. In Gesprächen mit Müttern vor Ort äußerten sie noch andere Probleme, die sich um die Frage der Spielplätze in den Arbeitervierteln drehen, z.B. der Müll oder die Drogendealer, die sich hier teilweise einrichten.

Zur Forderung nach sicheren Spielplätzen schrieb das *Rote Frauenkomitee Bremen* in einem Flugblatt, das bei Müttern in Gröpelingen verteilt wurde:

„Die Polizei hängt Zettel mit Warnungen an Spielplätzen

auf. Angeblich wollen sie die Spielplätze mehr bewachen, aber was ist passiert? Statt aktiv die Spielplätze zu überprüfen, stellen die Bullen unnütze Behauptungen über den möglichen Täter auf. Das hilft uns aber nicht weiter. Die Spielplätze müssen systematisch nach Messern kontrolliert und geschützt werden. Aber statt dafür genügend Personal bereitzustellen, werden lieber zahlreiche Polizisten ins Steintorviertel oder in die Arbeiterviertel geschickt, um die Menschen dort zu schikanieren. Auch hatten die Bullen anscheinend genügend Leute, um einen von uns in Gröpelingen zu erschießen.“

Es wird deutlich wie in Bremen innerhalb kurzer Zeit drei Kämpfe der Massen aus dem Boden geschossen sind. Die bürgerliche Presse richtet ihre Augen auf die Rebellionen in Stuttgart oder Frankfurt am Main, berichtet darüber und hetzt. Aber die täglichen Kämpfe der Massen, wie sie jetzt an vielen Orten verstärkt auftauchen, finden bei ihnen kein Gehör. Die Massen müssen sich selbst Gehör verschaffen und die Revolutionäre müssen zeigen, dass sie diejenigen sind, die es mit ihnen tun und an ihrer Seite stehen. Der Fluss der Massen muss in ein revolutionäres Flussbett geleitet werden. Verstehen die Revolutionäre dies nicht anzupacken mit einer großen Initiative und einer großen Verantwortlichkeit, werden andere Kräfte kommen und den Fluss in andere Bahnen leiten. •



Flugblattverteilung auf einem Spielplatz

THÜRINGEN ALS BIG PLAYER IN DER SICHERHEITSPOLITIK

In diesem Jahr war also Thüringen an der Reihe Gastgeber der Bundesinnenministerkonferenz zu sein. Dieses Los trifft jedes Jahr einen anderen Landesinnenminister. Zweimal im Jahr kommen die Kollegen aus den anderen Bundesländern, es gibt ein wenig Kultur, es wird gemütlich der ein oder andere Kaffee getrunken und natürlich werden auch auch inhaltliche Gespräche geführt. Der Thüringer Innenminister Georg Maier hatte dieses Jahr große Ambitionen: *„Ich will, dass Thüringen unter meinem Vorsitz die Sicherheitspolitik in Deutschland 2020 aktiv mitgestaltet. Ich freue mich, dass Thüringen in diesem Jahr Gastgeberland ist. Wir sind gut vorbereitet.“*

Thüringen also als Big Player in der Sicherheitspolitik? Das hat in der Vergangenheit ja nicht so gut funktioniert. Aber schauen wir uns zuerst einmal an, was Georg so auf die Tagesordnung setzt. Innenminister Maier setzt seinen Fokus auf drei Themenschwerpunkte: zum einen die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen, über die Verstärkung des Kampfes gegen Extremismus jedweder Ausformung und abschließend der Umgang mit Rückkehrern aus „dschihadistischen“ Kampfgebieten, also insbesondere aus Syrien und dem Irak. Und bei all dem Geschwätz arbeitet Georg Maier in Fragen der „Globalisierten Verbrechensbekämpfung“ genau in der Agenda des deutschen Imperialismus, nämlich für die bessere Vernetzung sämtlicher Repressionsorgane auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.

Das sind ja wirklich dicke Bretter die in Erfurt gebohrt werden sollen. Neun Jahre nachdem etliche Apparate des bürgerlichen Staates bei der Verhinderung neun rassistische Morde kläglich versagt haben, möchte ausgerechnet das Bundesland, in dem die Haupttäter aufwuchsen, sich radikalisierten und auf Grund von angeblichen „Ermittlungspannen“ auch untertauchen konnten, also zeigen, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde. Doch worum geht es eigentlich bei der Schwerpunktsetzung des Thüringer Innenministeriums? Wieso sollte ausgerechnet Thüringen anderen Bundesländern erklären, wie sie effektiv „rechte Strukturen“ bekämpfen? Und das, obwohl Thüringen, was das Entstehen faschistischer Strukturen angeht, eine unrühmliche Vergangenheit hat. Obwohl Thüringen für die

Finanzierung der Strukturen durch Konzerte und den Verkauf von T-Shirts und Literatur ein sicheren Rückzugsort darstellt. Obwohl jeder hier über die Existenz von Dörfern und Städten, die „nationalbefreiten Zonen“ gleichen, Bescheid weiß. Seit den vorherigen Ausgaben dieser Zeitung hat sich daran nichts geändert.

Aber das interessiert Georg Maier natürlich nicht. Ihm geht es einzig darum, Thüringen als geläutert darzustellen. Er will zeigen, dass Thüringen es jetzt begriffen hat und wirklich etwas tut. Er will zeigen, dass er in seiner zweiten Amtszeit als Thüringer Innenminister die Früchte seiner ersten Vertheidigung ernten kann. So kann er zum einen das Image seiner Partei, der SPD, und zum anderen das seines Bundeslandes gleichzeitig aufpolieren. Und tatsächlich könnte man das fast glauben, wenn man fleißig Pressemitteilungen liest. Da wird hier einem rechten Verein das Vereinshaus entzogen, dort ein angemeldetes Konzert mit harten Auflagen übersät oder eine unangemeldete Musikveranstaltung aufgrund der Corona-Bestimmungen aufgelöst, und nur wenn es wirklich nicht anders geht, dann wird faschistischen Hooligans auch mal der Prozess gemacht. Und dafür möchte der Maier jetzt nicht nur Anerkennung, sondern er will anderen auch gleich zeigen, wie es geht. Eigentlich klassisch, ein blindes Huhn findet ein paar Körner und hält sich plötzlich für den größten Gockel. Daran, dass Thüringer Repressionsorgane viel lieber Migranten auflauern, Flüchtlinge in ihren unwürdigen Unterkünften einsperren, Linke verfolgen und auch vor sexuellem Missbrauch nicht zurückscheuen, hat sich genauso wenig geändert wie an den wachsenden faschistischen Strukturen.

Aber das praktische ist ja, wenn man Rechtsextremismus und „Extremismus jedweder Ausformung“ vorschiebt, um die Aufrüstung und Erweiterung der Befugnisse des Polizeiapparates und der Geheimdienste voranzutreiben, kann man sich zum einen als Law-and-Order-Politiker inszenieren und zum anderen die Möglichkeiten, die Rebellion der in Unterdrückung und Ausbeutung lebenden Massen niederzuschlagen, offenhalten. Also doch ein recht geschickter Schachzug und eigentlich erwartbar von einem Erben Noskes. •

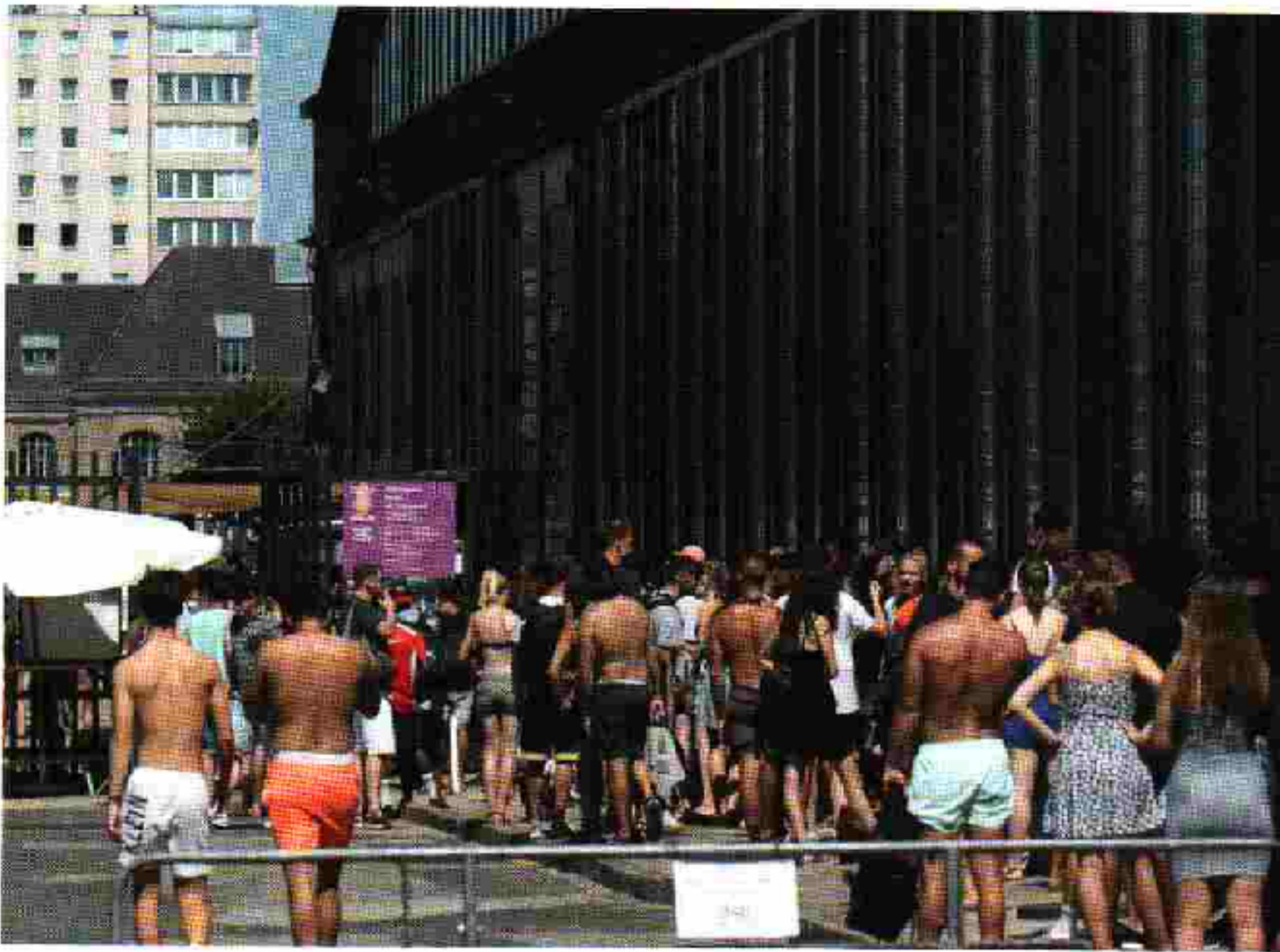
METROPOLE MIT DER SCHWIMMBADZAHL EINER KLEINSTADT

Politiker, Kapitalisten und Schulbücher werden nie müde, zu behaupten, dass Sinn und Zweck des Kapitalismus die bestmögliche Bedürfnisbefriedigung jedes Einzelnen sei. Dass dies mit unserer Realität nicht übereinstimmt, ist offensichtlich. Gut anschaulich ist das am Beispiel öffentlicher Bäder, denn jetzt, wo es wieder Sommer und heiß ist, liegt es nahe, die Abkühlung beispielsweise beim Baden zu suchen, wenn die Zeit und das Geld es erlauben. Dafür braucht es natürlich Bademöglichkeiten. Ein Bad zu unterhalten ist teuer, und wenn diese Kosten allein auf die Ticketpreise umgelegt würden, könnten sich wohl nur Reiche den regelmäßigen Badespaß leisten. Deshalb gelten Schwimmbäder als nicht rentabel und müssen vom Staat bezuschusst werden. Nachdem die Mauer fiel und mit ihr auch die letzten sozialstaatlichen Masken, wurde genau daran immer mehr gespart. Viele Bäder wurden geschlossen, rücksichtslos gegenüber den Bedürfnissen der Massen, die sich im Gegensatz zu den Bonzen keinen Pool vorm Eigenheim leisten können. Dieser Trend ist auch in Berlin abzulesen.

Nach dem aktuellen Stand der Kontaktbeschränkungen wird uns sogar, ach so großzügig, genehmigt, ein Bad aufzusuchen, wenn auch nur begrenzt und häufig mit vorheriger

Anmeldung. Sucht man dann aber im Internet nach öffentlichen Bädern in Berlin, bekommt man gerade einmal 22 Treffer. Für eine Stadt mit über drei Millionen Einwohnern ist das ein Witz. Die vorhandenen Bäder sind außerdem geografisch noch ungleich verteilt. Im Osten der Stadt gibt es kaum welche, in Marzahn kein einziges. Für ein Bad in diesem Bezirk beginnen erst jetzt überhaupt Planungen, die Fertigstellung wird also noch Jahre dauern. Die Tickets liegen zwischen 3,50 Euro und 5,50 Euro. Selbst der ermäßigte Preis liegt zwischen 2,00 Euro und 3,50 Euro und existiert laut Internet für Frei- und Strandbäder gar nicht. Das ist zu viel, um die Kinder in den Sommerferien regelmäßig ins Freibad zu schicken, wie es der ein oder andere Leser noch aus seiner Jugend kennt. Dass Berlin im Bereich öffentlicher Schwimmstätten völlig unterversorgt ist, zeigt sich auch daran, dass fast nirgendwo mehr Schulschwimmen stattfindet. Dieser Abwärtstrend führt deutschlandweit dazu, dass immer weniger Menschen das Schwimmen erlernen. Gleichzeitig mahnen die Staatsvertreter, die uns die Bäder schließen, dass immer mehr Deutsche unter Fettleibigkeit leiden und zu wenig Sport treiben, während sie uns die Möglichkeiten nehmen. Ja, das ist ein Problem – und ihr habt Schuld daran!





Dass die Schwimmbäder öffentlich unterstützt werden, heißt auch, dass sie meistens den Status der Gemeinnützigkeit haben. Dies benutzen sie dann natürlich auch, um ihre Arbeitsstellen zu befüllen mit Maßnahmen für Hartz-IV-Empfänger, mit Minijobbern und ähnlichem. Einem von ihnen, mit dem wir sprachen, wird beispielsweise seit Jahren versprochen, seine feste Anstellung zur Vollzeitstelle stehe kurz vor der Tür, es müsse nur eben abgewartet werden, wann die nächste längere Pachtverlängerung kommt. Die wird aber seit Jahren vor sich hergeschoben. Das ist schon ganz schön gemein, aber nützlich für die Betreiber.

Kommt man nun auf die Idee, diese Probleme umgehen zu wollen, indem man einen See zum Baden nutzt, hat man zunächst einige Optionen. Seien es Seen in Brandenburg, die sich wie der Straussee mit der S5 erreichen lassen, der Schwielowsee in Potsdam, der Müggelsee in Köpenick oder andere. Doch auch hierbei werden einem dann noch Steine in den Weg gelegt, wie am Hohenschönhauser Orankesee. Dort ist die eine Hälfte als kostenpflichtiges Strandbad abgesperrt. Wenn man nun versucht, in der anderen Hälfte ins Wasser zu gehen, wird man prompt vom Bademeister über Lautsprecher angebrüllt, dass das verboten sei. Auch der genannte Müggelsee wurde in letzter Zeit mehrfach von den Bullen geräumt, da man nicht als einziger auf die Idee gekommen ist, ihn zu nutzen, und das ja gegen die „Corona-Auflagen“ verstößt. Zudem stellen Seen immer für jüngere Kinder, alte Menschen und schlechte Schwimmer

aufgrund der fehlenden Badewacht, dem schwierigen Untergrund und der Entfernung keine Alternative dar. Und im Winter, wenn wir dann gänzlich auf die nicht vorhandenen Hallenbäder angewiesen sind, merken wir wieder alle, dass diesem Staat unsere Bedürfnisse herzlich egal sind.

Die Frage über das Schwimmen Gehen oder andere Aktivitäten erübrigt sich außerdem, wenn einem verboten wird, das Haus zu verlassen. So ergeht es beispielsweise den Bewohnern eines Gebäudekomplexes in Neukölln, der komplett unter Quarantäne steht, nachdem einige der Haushalte positiv getestet wurden. Anstatt für ausreichende Testmöglichkeiten zu sorgen, stehen alle Bewohner unter Generalverdacht, aber das ist der Stadt ja recht, da sie hauptsächlich aus ärmeren Migranten bestehen, die jetzt in den ohnehin zu kleinen Wohnungen zusammengepfercht bleiben. Das trifft noch mehr auf Flüchtlingsheime zu. Wie mit ihnen umgegangen wird, zeigt ein Beispiel aus Henningsdorf in Brandenburg deutlich. Dort wurde das gesamte Heim für zwei Wochen unter Quarantäne gestellt, nachdem sich Teile der Bewohner infiziert hatten. Nach den zwei Wochen wurden weitere Tests gemacht, und da diese, „völlig überraschend“, stellenweise positiv ausfielen, wurde die Quarantäne verlängert. Wie das nicht hätte passieren können, nachdem man die Infizierten und Gesunden ohne Ärzte, Atemschutz, Desinfektionsmittel oder Ähnliches zusammenge-sperrt hat, fragen die Betreiber sich anscheinend nicht. Auch wurde die Quarantäne den Bewohnern weder angekündigt noch zunächst kommuniziert; sie haben davon erst erfahren, als sie daran gehindert wurden, die Unterkunft zu verlassen. So sehen wir, dass diesem Staat mit seinen Maßnahmen nicht nur unsere Bedürfnisse egal sind, sondern auch unsere Gesundheit. •

PROTESTE GEGEN ENTLASSUNGEN UND NIEDRIGLÖHNE

Massenentlassungen stehen seit dem Eintreten der „Corona-Krise“ auf der Tagesordnung. Und nun wird dies auch rund 450 Karstadtmitarbeitern der Filialen in Bergedorf, im Alstertal-Einkaufszentrum, in Wandsbek und am Kaufhof-Standort in der Mönckebergstraße widerfahren.

Diese wollten sich das jedoch nicht so einfach bieten lassen und so demonstrierten mehrere hundert Karstadtmitarbeiter vor kurzem in Hamburg gegen die Entlassungen. Zusätzlich dazu versuchten bereits Mitarbeiter in Bergedorf die Filialschließung im Vorfeld durch eine Unterschriftensammlung zu verhindern. Aber keine Chance. Sie müssen genauso wie insgesamt 6000 Karstadtmitarbeiter bundesweit um ihre Jobs fürchten. Dazu ist vorgesehen, die Mitarbeiter bis Oktober in einer sogenannten „Transfergesellschaft“ anzustellen, also „zwischen zu parken“ und sie danach einfach zu entlassen. Während die Mitarbeiter darum kämpfen, ihre Arbeit behalten zu können, geben sich der Betriebsrat und die Gewerkschaft ver.di dagegen machtlos.

Karstadt? Filialschließung? Entlassungen? Da klingt doch bei den meisten etwas. Es gibt nämlich bereits seit Jahren immer wieder Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse über die Pleite der Kette und die möglichen Schließungen von Standorten. Jetzt heißt es wie überall: Die „Corona-Krise“ ist schuld, durch sie habe sich die Situation nur noch weiter verschlechtert, weswegen jetzt endlich die geplante Entlassungswelle begonnen werden kann. Die Bezeichnung „Corona-Krise“ täuscht vor, dass es sich ausschließlich um eine Gesundheitskrise handeln würde, während es sich jedoch um eine Wirtschaftskrise handelt. Aber es verkauft sich im Allgemeinen besser, zu behaupten dass irgendein Virus an den Entlassungen schuld ist, als einzugehen, dass wir in einem System leben, dass die Krisen selbst produziert und jedes mal vertieft: Dem Imperialismus.

Vielleicht wirkt es momentan noch so, als hätten die Herrschenden in der BRD diese Krise irgendwie unter Kontrolle. Aber um die Krise einzudämmen, muss das Geld, das an der einen Stelle fehlt, bei einer anderen abgezwickelt werden. Und bereits jetzt zeichnet sich deutlich ab, dass diese Krise noch lange

anhalten und sich immer weiter zuspitzen wird. Ihre Auswirkungen werden immer tiefer greifen und die Hoffnung, dass schnell alles wieder so wie früher wird, wird sich als bloße Illusion entpuppen. Und wer wird diese Last schultern müssen? Wir, die Arbeiter, die besonders von den Entlassungen und der Anordnung von Kurzarbeit betroffen sind, egal ob bei Karstadt oder anderen Unternehmen, die jetzt endlich einen triftigen Vorwand haben, die Leute reihenweise rauszuschmeißen. Und das in einer Zeit, in der wir ja auch in unseren Kampfformen eingeschränkt sind, weil unsere demokratischen Rechte derzeit massiv beschränkt sind durch den Ausnahmezustand. Darunter fällt gerade auch das Versammlungsrecht.

Aber nicht nur die Karstadt-Mitarbeiter demonstrieren gegen Schließungen und Entlassungen, auch die Service-Mitarbeiter der Elbkinder-Kita haben vor kurzem ihre Wut gegen ihre schlechte Bezahlung öffentlich gemacht und ihre Arbeit niedergelegt. Durch den Streik wollen sie erzielen, dass sie endlich den Tariflohn, der mit der Stadt Hamburg für diese Branche ausgehandelt wurde, zu erhalten. Nach Verabredung des Senats sollten die Mitarbeiter eigentlich einen Stundenlohn von 12€ erhalten, die Geschäftsführung der Elbkinder-Kita bot jedoch lediglich 15 Cent mehr Stundenlohn an. Vielleicht ist es in diesem Kontext ganz interessant zu wissen, dass die Elbkinder-Kita-Servicegesellschaft ein Tochterunternehmen der Stadt Hamburg ist.

Dazu kommt, dass auf die Mitarbeiter dank der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen nur noch mehr Arbeit zukommt, welche sich nicht in ihrem Geldbeutel bemerkbar macht. Die staatlich verordneten Hygienemaßnahmen und „Sicherheitskonzepte“, sind allgegenwärtig und jeder Laden, jede Firma hat ein eigenes, welches in der Regel extra Arbeitsaufwand bedeutet. Trotzdem werden diejenigen, die den Laden am Laufen halten und diese Hygienekonzepte umsetzen sollen, mit ungleicher Bezahlung und ein paar Cent Lohnerhöhung abgespeist, oder gleich gefeuert, weil die Unternehmen Geld sparen wollen.

Zwar tut die Stadt Hamburg gerne so, als würde sie sich um ihre Bürger kümmern und in diesen Zeiten

besonders um die Gesundheit der Menschen an erster Stelle. Aber das gilt anscheinend nicht für die, die das letzte Glied in der Hierarchie darstellen. Die Herrschenden können Milliarden investieren, wenn es ihnen Vorteile bringt, aber weigern sich einen halbwegs anständigen Lohn für ihre Mitarbeiter zu zahlen.

Was ein zusätzliches Element ist, dass dem Arbeitskampf so häufig im Weg liegt, sind die gelben Gewerkschaften. Als deren brave Diener bleiben sie mit ihren Forderungen exakt im abgesteckten Rahmen. Der sogenannte „wilde Streik“ ist verboten, d.h. jegliche Arbeitsniederlegungen, die die Rechte der Arbeiter stärken sollen, sind ohne vorherige Ankündigung des Streiks strafbar. So bleiben meist nur Maßnahmen über, bei denen unsere Forderungen in der Regel nicht gehört werden, Unterschriftensammlungen verlaufen im Sande und wir sollen uns mit der minimalsten Forderung zufrieden geben. Die Erfahrungen zeigen, dass solche Maßnahmen häufig nichts außer eine kurzfristige Verbesserung der Situation mit sich bringen und dann wieder langsam, aber sicher von der Bildfläche verschwinden.

Wir sind solange zu gebrauchen, wie sich unsere Ausbeutung lohnt. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, werden wir einfach rausgeschmissen, wie die rund 6000 Karstadtmitarbeiter. Dabei schreitet die Verschlechterung der Lage unserer Klasse weiter voran und wir sollten jetzt schon mal beginnen, uns zu vereinigen, zu organisieren und gemeinsam als Klasse den Kampf aufzunehmen. Wir lehnen den ausgerufenen Burgfrieden der herrschenden Klasse ab, der von den Gewerkschaften größtenteils durchgesetzt wird.

Dabei hängt es auch zu großen Teilen von den Revolutionären in diesem Land ab, wie weit die Herrschenden mit ihrem Lohn- und Arbeitsplatzraub kommen. Sollten die Revolutionäre jetzt nicht von Anfang an dabei sein, wenn sich die Kämpfe unserer Klasse entfalten, dann machen sie sich selbst überflüssig. Wenn das Tempo sich erhöht, muss man einen Gang höher schalten! •



Kundgebung in Wandsbek

„COIN MASTER“ - FRÜHERZIEHUNG ZUM GLÜCKSSPIEL

Ein Klick auf den Bildschirm genügt und der Hebel, der die durchlaufenden Räder mit den animierten Symbolen in ihrer Bewegung stoppt, wird umgelegt. Die drei Räder bleiben nacheinander stehen, und ganz zufällig zeigen alle an vorderster Stelle das gleiche Symbol, woraufhin es auf dem Bildschirm förmlich explodiert und Geldmünzen durch die Luft fliegen. An Münzen mangelt es im Onlinespiel „Coin Master“ wahrlich nicht – und doch hat man immer zu wenig davon.

„Coin Master“ ist eine seit knapp fünf Jahren vertriebene Smartphone-App, die im letzten Jahr mit über 80 Millionen weltweiten Downloads große Popularität erreicht hat. Ziel des Spiels ist der Aufbau und die Aufrechterhaltung eines virtuellen Dorfes, bei dem der Spieler unterschiedliche Spiellevels in jeweils unterschiedlichen Landschaften durchläuft. In Zeiten der Kontaktsperre steigt die Nachfrage nach Handy- und Onlinespielen, genau wie der nach Videoplattformen und „Sozialen Medien“. „Coin Master“ kann sich also über ein ordentliches Wachstum der Downloads freuen. Und darüber freuen sich wiederum andere Leute. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass zahlreiche Chefs von Glücksspiel-, Casino- und Wettunternehmen, wie z.B. Norbert Teufelberger (Gründer von „bwin“), an der Entwicklung der App mitgewirkt haben und Anteile daran besitzen. Jeder kann sich denken, dass die sich nicht aus Zufall zusammenfinden und aus reinem Spaß an der Sache mal ein Handyspiel entwickeln lassen.

Der Aufbau und die Struktur des Dorfes im Spiel sind ziemlich simpel gehalten. Das Spiel heißt nicht umsonst „Coin Master“, denn um sich Häuser bauen, das Dorf von jemand anderem angreifen oder seinen Charakteren neue Outfits verpassen zu können, braucht man Münzen, massenhaft Münzen. Und wenn es nicht ausreicht, dann kommen die „In-App-Käufe“ ins Spiel, also der Kauf von „digitaler Ware“ mit echtem Geld, die nur innerhalb der Software ihren Gebrauchswert hat. Genauer betrachtet läuft es aber wesentlich anders und noch deutlich perverser ab: Im Gegensatz zu den meisten Spielen, die sich durch vergleichsweise im Programm weniger auffällige In-App-Käufe und Werbeanzeigen finanzieren, steht das Geld von Anfang an im Mittelpunkt. Und

auch, wenn es nicht das Spielziel ist, geht es letztlich nur um die „Coins“. Dafür gibt es jederzeit die Möglichkeit, vor den virtuellen Spielautomaten zu gehen und zu drehen, um Münzen und auch anderen Schnickschnack, den man für sein Dorf „braucht“, zu gewinnen. Nach einer Zeit ist damit aber Schluss, denn die Drehmöglichkeiten sind begrenzt. Um das Dorf wirklich auf Vordermann zu bringen reicht die Beute dann meistens nicht. Dann kommen die „In-App-Käufe“ auch hier ins Spiel. Denn nun kann man sich ganz bequem neue Drehmöglichkeiten kaufen und sich auch dafür echtes Geld vom eigenen Konto abbuchen lassen.

Die Symbole des virtuellen Spielautomaten unterscheiden sich nicht groß von denen eines analogen. Zwar sind einige etwas kindlicher gestaltet, doch der „Einarmige Bandit“ taucht im Spiel beispielsweise fast originalgetreu wieder auf. Hinzu kommt die aufdringliche Animation – selbst, wenn man keine drei Gleiche nebeneinander hat, klingelt es und prasselt Geld aus dem Automaten. Das löst im Gehirn genau die Effekte wie am richtigen Spielautomaten aus. Im Spiel kann man also auch hohe Geldsummen verzocken, ohne tatsächlich etwas dabei zu gewinnen.

Alles Vorbereitung auf das echte Leben, denn das Spiel ist letztlich nichts als eine Früherziehung zum Glücksspiel, samt Übertreibung der Gewinnchancen und Normalisierung des Glücksspiels als etwas, was man jetzt ganz normal innerhalb eines als „Kinder- und Familienspiel“ getarnten Programms betreiben kann. Offiziell ist „Coin Master“ natürlich kein Glücksspiel, sonst wäre der Vertrieb auf diese Art und Weise auch nicht möglich. Um mal einen Blick auf die Definition von Glücksspiel im deutschen Recht zu werfen:

„Ein Glücksspiel liegt vor, wenn im Rahmen eines Spiels für den Erwerb einer Gewinnchance ein Entgelt verlangt wird und die Entscheidung über den Gewinn ganz oder überwiegend vom Zufall abhängt. Die Entscheidung über den Gewinn hängt in jedem Fall vom Zufall ab, wenn dafür der ungewisse Eintritt oder Ausgang zukünftiger Ereignisse maßgeblich ist. Auch Wetten gegen Entgelt auf den Eintritt oder Ausgang eines zukünftigen Ereignisses sind Glücksspiele.“

Aus diesen Ausführungen aus §3 Abs.1 des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) geht nun nicht ganz klar hervor, was der Gewinn alles sein kann, bzw. ob er die selbe Form des Entgelts haben muss. Gehen wir mal davon aus, dass der Einsatz und Gewinn wie üblich – z.B. eben beim Spielautomaten – Geld ist, unterscheidet sich „Coin Master“ vom Glücksspiel eigentlich nur noch dadurch, dass es gar keinen richtigen, materiellen Gewinn gibt, und dass die Entscheidung über den Gewinn nicht vom Zufall abhängt, sondern durch beeinflussbare Algorithmen gezielt bestimmt wird. Salopp ausgedrückt: „Coin Master“ ist offiziell kein Glücksspiel, weil es noch mehr Verarsche ist. „Simuliertes Glücksspiel“, wie das Spielprinzip nun vielerorts genannt wird, trifft besonders in Hinblick darauf, dass es in der Hauptsache Leute zum Glücksspiel verleiten soll – Kinder, aber ebenso Erwachsene. Aber nebenbei werden die Einsätze, die Transaktionen auf die Konten

der Glücksspielmilliardäre, die In-App-Käufe, eben nicht simuliert. Also Glücksspielwerbung, bei der die Abzocke schon inklusive ist. Das Endlevel nach über 200 Landschaften ist übrigens eine Spielhalle. Ein symbolträchtiges Ende.

„Coin Master“ ist ein Vorreiter einer wachsenden Generation an Handyspielen, bei der der Geldgewinn die Spielidee ist und sich alles andere darum dreht. Das richtet bei unseren Leuten nur Schaden an – es gibt Einige, die an den Folgen der Spielsucht kaputt gehen. Der deutsche Staat hat die Möglichkeit, gegen den Vertrieb einer solchen Software vorzugehen. Doch anstatt, dass Institutionen wie die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien für dieses Spiel, was anfangs tatsächlich nicht einmal eine Altersbeschränkung hatte, eingeschaltet werden, dürfen Dieter Bohlen und Pietro Lombardi, Daniela Katzenberger, oder auch die Youtube-Influencer BibisBeautyPalace und Simon Desue ungestört in einer großen Werbekampagne für die App auf Facebook und Co. von ihrer absoluten Begeisterung für das Spiel herum schwadronieren. Die App verlangt mittlerweile beim Start eine Altersangabe, bewiesen werden muss die allerdings nicht. Und das Beste: Die App ist im App-Store unter der Kategorie *Abenteuerspiele* zu finden. Da muss man nicht lange diskutieren, die ganz einfache und auch einzige Lösung ist, diesen Schrott sofort zu verbieten. Das wäre in einem System, das sich auch kulturell nach unseren kollektiven Bedürfnissen richtet, nicht notwendig, da niemand erst überhaupt auf die Idee kommen würde, solch ein Programm zu entwickeln. Doch solange es so etwas gibt – d.h. so lange es ein auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebautes System gibt – hilft es nur diese Umstände offen zu legen und beharrlich den Kampf gegen das Gesamtübel weiter zu führen. Sie wollen unsere Klasse mit ihren anscheinend harmlosen Spielen weiter ausbluten und künftige Generationen in noch schwerere Ketten legen. Das gilt es zu bekämpfen.



Der „Einarmige Bandit“



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM AUGUST

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum ladelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

